

## **Around Europe - Deutsche Ausgabe Nr 280 March 2006**

### **Geschlecht, Friedensarbeit und Sicherheit**

Im Januar bildete das European Peacebuilding Liaison Office (EPLO), also das Europäische Verbindungsbüro für Friedensarbeit, eine Arbeitsgruppe, deren Ziel es ist, die Umsetzung der Resolution des UN-Sicherheitsrates Nr. 1325(2000) über Frauen, Frieden und Sicherheit zu fördern und voranzubringen. Besondere Aufmerksamkeit wird auf den Paragraphen 1 gelenkt, der „die Mitgliedsländer auffordert, dafür zu sorgen, dass Frauen verstärkt auf allen Entscheidungsebenen in allen nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen vertreten sind, die sich mit der Vermeidung, der Handhabung und Lösung von Konflikten befassen.“

Die Hauptziele der Arbeitsgruppe Gender, Peacebuilding and Security (GPS), also Geschlecht, Friedensarbeit und Sicherheit, sind: innerhalb der Institutionen der EU die Resolution 1325 der UN und eine ähnliche Resolution des Europäischen Parlaments (2000/20050) über die Beteiligung von Frauen bei friedlichen Konfliktlösungen verstärkt ins Bewusstsein zu rücken; auf EU-Ebene dies zu befürworten und darauf hinzuwirken, dass eine diesbezügliche EU-Sonderkommission gebildet wird, die aus Einzelpersonen und aus Vertretern von EU-Institutionen und Nicht-Regierungs-Organisationen besteht; Informationen über die Umsetzung der Resolution 1325 zu sammeln und weiterzugeben.

Ein Problem, das besondere Aufmerksamkeit verdient, ist die Tatsache, dass Frauen enorm unterrepräsentiert sind als Mediatoren der vordersten Linie, d.h. diejenigen, die direkt mit den Anführern von kriegführenden Parteien Kontakt aufnehmen, um zu versuchen, Verhandlungen in Gang zu bringen und eine Friedensvereinbarung zustande zu bringen. Obwohl die Resolution 1325 im Jahr 2000 unterzeichnet wurde, hat ein neueres Papier von Antonia Potter\*) aufgezeigt, dass sich unter allen führenden Konfliktvermittlern bei den gegenwärtigen Friedensprozessen kaum eine Frau befindet. Dies trifft sowohl für die UN als auch für die EU zu; von den 61 UN-Mitarbeitern, die eine kritische Rolle bei der Herbeiführung von Frieden haben, sind nur 4 Frauen, und es ist keine einzige Frau unter den gegenwärtigen oder früheren Besonderen Vertretern der EU, die zunehmend bei Friedensprozessen eingesetzt werden. Abgesehen von dem krassen Ungleichgewicht, das dies darstellt in Bezug auf gleiche Berücksichtigung, bringen Frauen wohl einfach aufgrund ihres Geschlechts positive Elemente bei der Konfliktmediation ein.

Frauen sind in verschiedener Weise und überproportional betroffen durch Konflikte und Militarisierung. Amnesty International hat 22 geschlechtsspezifische Formen von körperlicher Misshandlung identifiziert, die von Frauen und Mädchen bei Konfliktsituationen erlitten werden (einschließlich Vergewaltigung und sexueller Missbrauch), sowie viele Formen der Missachtung ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechte. Frauen tragen auch einen riesigen Teil der Verantwortung beim Wiederaufbau der Infrastruktur, bei der Wiederherstellung und Entwicklung von Traditionen, Gesetzen und Sitten, sowie bei dem Wiederaufbau von Beziehungen in Gemeinden, die durch einen Krieg verheert wurden.

Wegen ihrer unterschiedlichen Konflikterfahrung können Frauen Themen und Sichtweisen an den Konferenztisch bringen, die allzu oft übersehen werden. Dazu gehören wichtige geschlechtsspezifische Themen wie geschlechtsspezifische Gewalt und unterschiedliche Ansichten über die Teilung der Macht. Wie Potters Bericht aufzeigt, „haben die Sicht der Frauen über Ursachen und Lösungen von Konflikten, ihre Herangehensweise an Kommunikation und Problemlösungen und ihre symbolische und buchstäbliche Anwesenheit als Frauen bedeutenden Nutzen in der komplexen Arena der Konfliktvermittlung.“

Es steht zu hoffen, das die Arbeit der GPS-Arbeitsgruppe aufbauen kann auf dem Schwung und dem Interesse, die bei einer kürzlichen Anhörung im Europäischen Parlament über „Frauen bei bewaffneten Konflikten und den Vorgängen nach dem Konflikt“ erzeugt worden sind, und so weiterhin das Bewusstsein und die Unterstützung innerhalb der EU-Institutionen verstärken können für die entscheidende Rolle, die Frauen bei der Konfliktmediation spielen können.

Joanna Sprackett  
Übersetzung: Eckard Teichert

\*) "We the women: why conflict mediation is not just a job for men" von Antonia Potter, The Centre for Humanitarian Dialogue, Oktober 2005. [www.hdcentre.org](http://www.hdcentre.org)

## **(Wieder-) Aufbau von Vertrauen in die EU**

Jüngste Umfragen haben ergeben, daß das Vertrauen der Öffentlichkeit in die EU von 50% im Herbst 2004 auf 44% Frühling 2005 gefallen ist.

Darum hat Margot Wallström, Vize-Präsidentin und EU-Kommissarin für Institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie, im Oktober 2005 "Plan D" gestartet (für \*D\*emokratie, \*D\*ialog und \*D\*ebatte) und ein Weißbuch zu einer Europäischen Kommunikationspolitik erstellt, welches am 1. Februar 2006 herausgegeben wurde.

"Brüssel", oder, wie man korrekterweise sagen könnte, die Europäische Kommission macht legislative Vorschläge. Diese sind öffentlich zugänglich. Diskussionen und Entscheidungen über diese Vorschläge - insoweit sie im Europäischen Parlament behandelt werden - sind offen für die Allgemeinheit. Aber wenn der Rat, d. h. also die Regierungsvertreter der Mitgliedsstaaten, darüber debattieren und entscheiden - und sie entscheiden über alle Themen -, so geschieht dies hinter verschlossenen Türen. Dies erlaubt es Mitgliedsstaaten, sich hinter "Brüssel" zu verstecken, selbst wenn sie Entscheidungen mitgetragen haben, die zuhause unpopulär sind. Ein wenig dieser Vorgehensweise wurde während der kürzlich zu Ende gegangenen Präsidentschaft des Vereinigten Königreichs etwas geöffnet, doch es muß noch viel getan werden, um sicherzustellen, daß Entscheidungsprozesse der EU in den nationalen Medien fair dargestellt werden.

QCEA schlug in seiner Publikation "Values Matter: Quakers Reflect on Europe - Final report of the Future of Europe project" vom April 2003 einen Weg vor, über den man Initiativen der Kommission transparenter machen könnte: eine "Bürger-Informationsdatei" (Citizen's Information File). "Eine solche Datei würde Auskunft darüber erteilen, warum eine Initiative zu einem bestimmten Zeitpunkt vorgeschlagen wurde, was mit dieser Initiative erreicht werden soll, würde mögliche

Probleme aufzeigen und wahrscheinliche Kritikpunkte, und sie würde eine umfassende Liste von jedem enthalten, der bei der Vorbereitung der Initiative konsultiert wurde und wer auf sie Einfluß genommen hat."

Das Weißbuch über die Europäische Kommunikationspolitik behandelt die Schaffung eines europäischen, öffentlichen Raumes, der die Bürger in den Mittelpunkt stellen sollte. Abgesehen von 5 sehr weitgesteckten Bereichen, in denen Handlungsbedarf besteht, identifiziert es eine Reihe konkreter Vorschläge.

- Einer besteht in einer Europäischen Carta oder einem Verhaltenskodex zu Kommunikation. Ein spezielles, internet-basiertes Bürgerforum würde nach Ansichten der Bürger darüber sammeln, "wie wünschenswert ein solches Rahmendokument wäre, und welchen Zweck und welchen Inhalt es haben sollte", ergänzt durch öffentliche Versammlungen auf nationaler Ebene. Andere Ideen bestehen darin, Lehrkräfte zusammenzubringen, um optimale Verfahrensweisen auszutauschen und neue Fähigkeiten zu erlernen, Büchereien digital miteinander zu vernetzen und zu veranlassen, daß die Kommission, der Rat und das Parlament gemeinsame öffentliche Debatten organisieren, auf denen Fragen von Journalisten und der Öffentlichkeit debattiert werden.

- Eine andere Idee ist, gemeinsam mit pan-europäischen, lokalen und nationalen Medien zu erkunden, wie diese mit Informationsmaterial versorgt werden können, das sie brauchen. Die kulturelle und sprachliche Vielfalt in den 25 Mitgliedsstaaten macht deutlich, daß solch ein Material den jeweiligen Erfordernissen angepaßt werden müßte.

- Andere Ideen, die sich damit befassen, wie die öffentliche Meinung "gemessen" oder eingeschätzt werden könnte beinhalten die Schaffung eines Netzwerkes aus nationalen Fachleuten der Meinungsforschung und einer unabhängigen Beobachtungsstelle für die Meinung der europäischen Öffentlichkeit.

- Ferner werden vorgeschlagen öffentliche und parlamentarische Diskussionen über die jährliche strategische Prioritätensetzung der Kommission sowie direkte Diskussionen zwischen nationalen Ministern und Mitgliedern der Europäischen Kommission, die in den nationalen Medien ausgestrahlt werden.

Wallström möchte auch, dass die Vertretungen der Kommission in den Mitgliedsstaaten eine viel aktivere Rolle darin übernehmen, die EU mit ihren Bürgern zu verbinden. Reijo Kemppinen, der neu-ernannte Leiter der EU-Vertretung im Vereinigten Königreich und vormalige Chef des Presse-Dienstes der Kommission unter Romano Prodi, antwortete auf die Frage, wie die "pro-aktive" Arbeit denn aussähe: "Wir haben bereits damit begonnen, Kontakte mit lokalen und regionalen Medien aufzubauen, anstatt nur zu Medien, die in London sind. Ich mache das zum Teil, indem ich unterschiedliche Orte im Land aufsuche und Interviews darüber gebe, was dieser oder jener EU-Vorschlag oder diese oder jene Entscheidung der EU für diese oder jene Region bedeutet. ... Wir ... bieten die EU als eine Lösung für Herausforderungen an, denen wir uns nun gegenübersehen."

MEP Graham Watson vom Vereinigten Königreich faßt es in einem Artikel in der *European Voice* (9.-15. Februar 2006) gut in folgende Worte: "Wir können die Leute nicht dazu bringen, die EU zu lieben, aber wir können ihnen zeigen, warum sie sie brauchen."

Die Institutionen der EU haben es weder innerhalb der EU noch in der Welt als Ganzem geschafft, ihre Erfolgsgeschichte rüberzubringen. Europäische Bürger hören eher etwas von Fehlschlägen und Meinungsverschiedenheiten. Das kürzlich herausgegeben Weißbuch zu einer Europäischen Kommunikationspolitik möchte das ändern. Wird es das schaffen?

Ihr seid eingeladen, zu antworten, indem Ihr zu einer speziell dafür angerfertigten, multilingualen Seite im Internet geht:

<http://europa.eu.int/comm/communicationwhitepaper>, oder indem Ihr schreibt an: White Paper Consultation, European Commission, Directorate General Communication, B-1049 Brussels, Belgien.

Dieser Prozeß der Konsultation läuft beginnend mit dem 1. Februar 2006 für ein halbes Jahr. Die Kommission wird die Reaktionen dann zusammenfassen und Vorschläge für das weitere Vorgehen machen. Viele Leute werden das Weißbuch nur als ein weiteres Deckmäntelchen für das Versagen der EU, effektiv mit seinen 450 Millionen Bürgern zu kommunizieren, ansehen. Aber die Kommission scheint wirklich in der Stimmung zu sein, zuzuhören. Also warum sollte man sich nicht einfach auf die Internet-Seite begeben, etwas schreiben, und sie beim Wort zu nehmen?

Liz Scurfield

Übersetzung: Helge Moog

## **Verhindern, schützen, verfolgen, reagieren**

So lauten die Hauptthemen der kürzlich verabschiedeten neuen Anti-Terrorismus-Strategie der EU. Sie war einer der Programmpunkte, die beim Dezember-Gipfel zum Ende der britischen Präsidentschaft angenommen wurden.

QCEA hat die EU-Reaktion auf die Terrorismusdrohung beobachtet (siehe unsere Informationspapiere unter

<http://www.quaker.org/qcea/briefings/terrorism/index.html> und den Artikel in der Septemberausgabe 2005 von *Around Europe*.)

Es ist eindeutig, dass vieles aus dem Brennpunkt der EU-Politik – sowohl in Bezug auf äußere Aktionen / allgemeine Außen- und Sicherheitspolitik als auch in Bezug auf Justiz und innere Angelegenheiten - deutlich gegen die angenommene Bedrohung durch den Terrorismus gerichtet ist. Schon diese Tatsache allein ist bedenkenswert.

Diese wichtigen Entwicklungsschritte werden von den Mitgliedsstaaten in Aktionen umgesetzt (d.h. auch von unseren eigenen nationalen Regierungen) und von der Europäischen Union selbst.

Die jüngste Entwicklung ist die Einigung über die EU-Strategie gegen Terrorismus. Der Kern dieser Strategie wird unter den folgenden vier Hauptthemen umrissen (1)

„Verhindern: Es soll verhindert werden, dass Menschen sich dem Terrorismus zuwenden und zwar dadurch, dass etwas unternommen wird gegen die Faktoren oder eigentlichen Gründe, die zur Radikalisierung und Anwerbung sowohl in Europa als auch auf internationaler Ebene führen können.

Schützen: Bürger und Infrastruktur sollen geschützt und unsere Verletzlichkeit Angriffen gegenüber vermindert werden, einschließlich durch verbesserten Sicherheitsschutz von Grenzen, Transportwesen und besonders gefährdeter Infrastruktur.

Verfolgen: Terroristen sollen sowohl über unsere Grenzen hinweg als auch global verfolgt und überprüft werden. Planungen, Reisen und Verbindungswege (communication) sollen erschwert werden. Unterstützende Netzwerke sollen unterbrochen, Finanzierung und Zugang zu Angriffswaffen verhindert und Terroristen vor Gericht gestellt werden.

Reagieren: Wir müssen uns darauf vorbereiten, im Geist der Solidarität die Folgen eines terroristischen Angriffs zu bewältigen und auf ein Minimum zu begrenzen, indem wir die Möglichkeiten verbessern, um die zu erwartenden Folgen, die Koordination unserer Antwort und die Versorgung der Opfer bewältigen zu können."

Über diese Schlagzeilen hinaus hat die EU zu jedem dieser Themen für sich wichtige Prioritäten gesetzt. Sie geben deutliche Hinweise auf die Überlegungen hinter dem allgemeinen Ansatz (approach). Sie beinhalten (2)

„ - Auffälliges Verhalten, insbesondere Missbrauch des Internets erkennen und dagegen  
angehen ...

- Sich gegen Aufhetzung und Anwerbung in besonderen Umgebungen wenden, z.B.  
in

Gefängnissen, an Orten religiöser Unterweisung oder wo Gottesdienste stattfinden...

Eine emotionsfreie Sprachregelung zur Diskussion dieser Probleme entwickeln...

Die Fälschungssicherheit der EU-Pässe durch die Einführung der Biometrie verbessern...

Durch Frontex (3) eine wirkungsvolle Risikoanalyse für die äußeren Grenzen der EU entwickeln....

Vollen Gebrauch von Europol und Eurojust (4) machen....

Das Prinzip von Verfügbarkeit der Informationen zur Durchsetzung von Polizeigewalt (law enforcement) entwickeln....

Den Zugriff von Terroristen auf Waffen und Sprengstoff - von Bestandteilen für hausgemachten Sprengstoff bis zu CBRN (5) Material - verhindern....

Den EU-Krisen-Koordinations-Vereinbarungen zustimmen und einsatzfähige Verfahren dazu unterstützen...

Sich an der besten Ausführung beteiligen und Möglichkeiten entwickeln zur Bereitstellung von Hilfe für die Opfer des Terrorismus und deren Familien."

Es gibt noch immer kein Anzeichen für das Verständnis der eigentlichen Ursachen des Terrorismus. Es gibt wenig Beweise dafür, dass irgendwelche Mittel zu ihrer Untersuchung eingesetzt werden. Die Herangehensweise spiegelt noch immer eine „Sie-und-wir- Mentalität“, die nur die Symptome anpackt.

Martina Weitsch

(1)Der ganze Text wird zitiert aus: The European Union Counter-Terrorism Strategy, Document 14469/4/05, November 2005. Siehe unter:

<http://register.consilium.eu.int/pdf/en/05/st14/st14469-re04.en05.pdf>.

**Diese Ausgabe der QCEA Monatszeitschrift *Around Europe* ist von der Deutschen QCEA  
Unterstützungsgruppe übersetzt worden  
Sie ist auf der QCEA website [www.quaker.org/qcea](http://www.quaker.org/qcea) zu finden**

(2) Der Text in den Spiegelstrichen wird zitiert aus The European Union Counter-Terrorism Strategy, Document Number 14469/4/05, November 2005.

(3) Frontex ist die kürzlich eingerichtete EU Grenzkontroll-Agentur – es sind noch keine Einzelheiten über diese Organisation auf der EU-Website verfügbar. Around Europe wird die Leser über deren Struktur auf dem Laufenden halten und darauf verweisen, wenn sie auf der EU-Website erscheint.

(4) Einzelheiten über die Rolle dieser Agenturen siehe unser Informationspapier unter <http://www.quaker.org/qcea/briefings/terrorism/terrorismbp5.pdf>

(5) CBRN – chemische, biologische, radiologische und Nuklearwaffen.

Martina Weitsch

Übersetzung: Christel Wieding